

Charta «zum würdigen Umgang mit älteren Menschen»

Für das Recht auf Gebrechlichkeit

«Überalterung» der Gesellschaft, Alte nur noch als Kostenfaktor – gegen dieses negative Bild wehren sich acht Organisationen aus dem Alters- und Pflegebereich mit einer «Charta der Zivilgesellschaft». Sie fordern in Bundesbern mehr Respekt vor Menschen im Alter und die Aufwertung der Langzeitpflege. Bei Nationalrätin Bea Heim, Präsidentin der überparteilichen Parlamentsgruppe für Altersfragen, ist die Botschaft angekommen.

Susanne Wenger

Fast zwei Millionen AHV-Rentnerinnen und -Rentner gibt es in der Schweiz, 300 000 von ihnen sind über 80 Jahre alt. Und die Zahl der Betagten wächst weiter. Im Jahr 2050 werden gemäss Prognosen bereits 700 000 Menschen über 80 Jahre alt sein, 140 000 über 90. «Demografische Alterung» nennt sich das Phänomen, zu dem neben der steigenden Lebenserwartung auch die sinkende Geburtenrate beiträgt. Was die Statistiker nüchtern benennen, erfährt im öffentlichen Diskurs zunehmend eine negative Bewertung. «Demografische Zeitbombe». Oder auch: «Überalterung» der Gesellschaft. Und: «Heiminsassen» – als rede man von Gefängnissen. Das schlimmste Wort jedoch, das er gefunden habe, sei «Alterslastkoeffizient», sagte Otto Piller Mitte Mai bei der Publikation der Charta auf der Bundesterrasse in Bern. Der Präsident des nationalen Dachverbands der Heime und Institutionen, Curaviva Schweiz, macht sich zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Institutionen aus dem Alters-, Gesundheits- und Pflegebereich für einen «würdigen Umgang mit älteren Menschen» stark. Diese gälten zu oft nur noch als Belastung, so Piller, und würden beispielsweise verantwortlich gemacht für die Kostensteigerung im Gesundheitswesen. Dabei habe, wer im hohen Alter Pflegeleistungen beziehe, jahrzehntelang Krankenkassenprä-

mien bezahlt. Und nur eine Minderheit der Betagten lebe im Pflegeheim. Im Gesundheitswesen zählten bloss noch Leistung und Profit, kritisiert Barbara Gassmann, Vizepräsidentin des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK. Gute Pflege habe aber «viel mit nicht Messbarem» wie menschlicher Zuwendung zu tun.

Mit der Charta verlangen Curaviva Schweiz, der SBK, der Fachverband für Pflege und Betreuung Curahumanis, der Spitex Verband Schweiz, das Schweizerische Rote Kreuz, Pro Senectute Schweiz, die Schweizerische Alzheimervereinigung sowie die Unabhängige Beschwerdestelle für das Alter eine «neue Alterskultur». Sie verstehen sich als Vertreter der Zivilgesellschaft und wollen eine breite Debatte in Gang bringen: «Die Charta ist ein Weckruf, eine Aufforderung an Gesellschaft, Politik und Behörden, sich mit den dringlichsten Fragen der Gesellschaft des langen Lebens im Allgemeinen und in der Langzeitpflege im Besonderen auseinanderzusetzen», sagt Markus Leser, Gerontologe und Leiter Fachbereich Menschen im Alter bei Curaviva Schweiz. Die Charta bündelt zehn Thesen und leitet eine Vielzahl mehr oder weniger konkreter Forderungen daraus ab. Diese reichen vom Zugang älterer Menschen zu neuen Technologien über intergenerationelle Begegnungen und die Selbstbestimmung von Heimbewohnenden bis hin zum Ausbau der Palliativpflege (siehe Kasten «Die Charta»).

Neue Chancen, neue Freiheiten

Nationalratspräsidentin Pascale Bruderer (SP, Aargau) nahm Charta und Forderungen in Bern entgegen. Wer im Alltag Betagte pflege und betreue, verdiene «grösste Anerkennung», versicherte die derzeit höchste Schweizerin den Anwesenden. Und verteilte zum Dank Rosen an Mitarbeitende der Stiftung Diakonissenhaus Bern – stellvertretend für alle anderen im Alters- und Pflegebereich tätigen Frauen und Männer. Diese



Nationalrätin Bea Heim: «Politik und Gesellschaft tun sich schwer mit dem Alter.»

Fotos: Iris Krebs

seien mit Humor und «mit Zärtlichkeit für das Gebrechliche in uns» am Werk, anerkannte ihrerseits Judith Giovanelli-Blocher, frühere Sozialarbeiterin und Autorin des Buchs «Das Glück der späten Jahre». Die 78-Jährige sieht alte Menschen als Vertreterinnen und Vertreter «der Kultur einer Zivilgesellschaft, die auch gebrechlich sein darf».

Zu den Adressatinnen der Charta gehört – als Präsidentin der überparteilichen Parlamentsgruppe für Altersfragen – Nationalrätin Bea Heim (SP, Solothurn). Auch sie war am Anlass in Bern präsent. Im folgenden Interview nimmt Heim zur Alterspolitik Stellung und legt dar, was sie von den Altersinstitutionen erwartet.

Bea Heim, Vertreter der Zivilgesellschaft fordern mittels Charta einen würdigen Umgang mit älteren Menschen – das muss Ihnen als Politikerin zu denken geben.

Bea Heim: Dass ein Alter in Würde keine Selbstverständlichkeit ist, gibt mir zu denken. Politik und Gesellschaft tun sich schwer mit dem Alter. Sie prägen Unworte wie «Überalterung», nennen ältere Menschen in der Gesundheitspolitik «schlechte Risiken». Das ist verletzend. Die steigende Zahl bei den Altersdepressionen bis hin zur beschämend hohen Suizidrate im Alter sind ein Abbild davon. Die Charta ist Anstoss und Aufruf zur Besinnung.

Aber die demografische Alterung ist eine Tatsache.

Heim: Europa entwickelt sich zu einer Gesellschaft des langen Lebens in meist guter Gesundheit. Das eröffnet neue Chancen, neue Freiheiten. Wir pflegen aber ein negatives Bild des Alters als Phase, in der bloss die Kräfte schwinden. Klar, das Alter fordert uns heraus – als Einzelne und als Gesellschaft. Doch die älteren Menschen von heute zeigen uns den Weg in ein selbstbewusstes Alter. Sie engagieren sich, wollen sich einbringen, weil sie interessiert sind und viel zu bieten haben. Zu Recht schliessen sie sich in aktiven Gruppen und Seniorenräten zusammen und nehmen ihren Platz bei der Mitgestaltung der Zukunft ein. Sie erfüllen damit eine Pionieraufgabe im Interesse der nachkommenden Generationen. Die ältere Generation, die ein Leben lang gearbeitet und viel geleistet hat, verdient Respekt.

Ob Rentenfinanzierung oder Gesundheitskosten: In der politischen Debatte gelten die Alten immer mehr als Belastung für jüngere Generationen.

Heim: Ja, leider, und dies zu Unrecht. Die Jungen vergessen dabei, dass sie Wohlstand, Ausbildung, Schulen, Spitäler und viele Annehmlichkeiten des Lebens wie den guten öffentlichen Verkehr der älteren Generation verdanken. Dazu kommt, dass die älteren Menschen die Kosten in der Pflege zu einem grossen Teil selber tragen. Die Tatsache, dass das Jahr vor dem Tod >>

das teuerste ist, gilt für Jung und Alt. Und die AHV finanziert sich im Umlageverfahren. Wir bezahlen ein Arbeitsleben lang die Renten der Pensionierten. Die nächste Generation berappt dann unsere Renten. Das ist Generationensolidarität pur und widerspricht allen Behauptungen politischer Scharfmacher. Gegen den Vorwurf, ältere Menschen seien nur noch ein Kostenfaktor, muss man selbstbewusst die Fakten auf den Tisch legen und den Respekt vor der Menschenwürde einfordern.

Trotzdem zielen gesundheitspolitische Reformen des Parlaments, in dem Sie sitzen, auf Effizienz und Wirtschaftlichkeit. Der Erhalt von Würde ist kein Kriterium.

Heim: Es braucht Qualität und Effizienz, dann ist auch die Wirtschaftlichkeit gegeben. Die einseitige Ökonomisierung

Die Charta

Das sind die zehn ethisch-gesellschaftlichen Leitsätze der «Charta zum würdigen Umgang mit älteren Menschen»: Die Gesellschaft soll die demografische Alterung als Chance und ältere Menschen als wertvolle Ressource wahrnehmen. Sie soll das Altern bejahen. Und älteren Menschen ihre eigene Alterskultur zugestehen – «forever young» sei nicht der Massstab. Ältere Menschen sollen sich bis ins hohe Alter weiterentwickeln können. Verletzlichkeit, Abhängigkeit und Endlichkeit dürfen nicht verdrängt werden. Auch schwer demenzkranke Menschen verlieren ihre Würde nicht. Es braucht einen neuen Mix aus Angeboten stationärer Pflegeeinrichtungen, Spitexdienstleistungen, familiärer Pflege und Entlastungsdiensten. Auch bei reduzierter Urteilsfähigkeit respektiert die Gesellschaft die Selbstbestimmung älterer Menschen. Psychosoziale Bedürfnisse älterer Menschen gehören ebenso ernst genommen wie die leibliche Pflege. Und: Um eine würdevolle Sterbebegleitung zu fördern, muss die öffentliche Hand die palliative Pflege und Betreuung ausbauen. (swe)

Interessierte können die Charta im Internet herunterladen:
www.curaviva.ch / Information / Publikationen.

In gedruckter Form kann sie bei e.hirsbrunner@curaviva.ch bestellt werden.

des Gesundheitswesens jedoch ist eine Bedrohung für schwer und chronisch Kranke. Mit Blick auf die älteren Menschen gilt es primär, die Gesundheit und Autonomie im Alter zu fördern. Das stärkt die Lebensqualität – ein zentraler Aspekt für ein Alter in Würde – und ist erst noch sehr wirtschaftlich gedacht. Nur ein Drittel der heute über 85-Jährigen bedarf der Pflege, das kann man nicht genug betonen. Aber wenn es nötig wird, ist es wichtig zu wissen, dass man auf eine gute und respektvolle Pflege zählen kann. Leider findet auch die Arbeit in der Langzeitpflege zu wenig Wertschätzung. Wohl deshalb, weil unsere Gesellschaft das eigene Älterwerden verdrängen möchte. Es braucht einen Paradigmenwechsel hin zu einer respekt- und rücksichtsvollen Alters- und Gesundheitspolitik. Und zu einem Pflegeverständnis, das der Pflege auch Zeit für das Gespräch und die Fürsorge zugesteht. Die Politik muss in die Pflege investieren.

Pflegfachfrauen warten indes immer noch auf eine angemessene Entlohnung, auch bei der öffentlichen Hand als Arbeitgeberin.

Heim: Seien wir ehrlich, die tiefe Entlohnung ist Ausdruck mangelnder Wertschätzung der Pflege als Frauenberuf. Dazu kommt der Kostendruck, der die Pflege intensiver und hektischer macht. Seit Jahren mehren sich die Hinweise von Patientinnen, Heimbewohnern und Angehörigen, das Personal habe nicht mehr genug Zeit für Pflege und Betreuung. Die Pflegenden selber klagen über Dauerstress. Dieser führt zu Berufsabgängen, das verbleibende Personal wird zusätzlich belastet – eine ungute Abwärtsspirale. Nur dank Rekrutierungen aus dem Ausland kommen Schweizer Kliniken und Pflegeinstitutionen noch über die Runden. Die Schweiz bildet seit Längerem zu wenig Personal aus. Das stellt auch der Nationale Versorgungsbericht für die Gesundheitsberufe fest. Damit ist es jetzt an der Zeit, die nötigen Forderungen auf den Tisch zu bringen. Ich kenne zwar die Zurückhaltung des Pflegepersonals. Doch die vermeintlich edle Bescheidenheit erweist der Pflege einen Bärendienst. Wer heute für gerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpft, tut dies im Interesse der Pflege und vor allem auch der Pflegebedürftigen.

Immer mehr Hochbetagte werden auch mehr Pflege benötigen. Doch der Politik fehlen die Rezepte, um dem Pflegepersonal-mangel zu begegnen.

Heim: An Rezepten fehlt es nicht, aber am politischen Willen, das Nötige zu tun. Die Weltgesundheitsorganisation WHO ruft jetzt dazu auf, die wenig attraktiven Anstellungsbedingungen in den Pflegeberufen nicht länger mit der Einstellung ausländischen Personals zu kaschieren. Denn die Rekrutierung von Pflegepersonal im Ausland ist auch ethisch fragwürdig. Das Gesundheitspersonal wird europaweit knapp. Am Schluss der Kette stehen die ärmsten Länder ohne Ärzte und Pflegenden da. Ich zähle darauf, dass die Schweiz eine Ausbildungs-offensive lanciert. Wir brauchen dringend mehr Ausbildungsplätze, Umschulungs- und Qualifikationsangebote in Spitälern, Heimen und Spitex. Die privaten Institutionen sind in die Ausbildungsverpflichtung einzubinden. Die Finanzierung der praktischen Ausbildung muss harmonisiert werden, die Lehrtätigkeit ist mit finanziellen Anreizen zu fördern. Heute



Blumen von der höchsten Schweizerin: Nationalratspräsidentin Pascale Bruderer (rechts) dankt Pflegeheim-Mitarbeitenden für ihren Einsatz.

finanzieren die Kantone die Ausbildungsleistungen der Spitäler – Heime und Spitex gehen dabei leer aus und haben darum Mühe, Ausbildungsplätze anzubieten. Bund und Kantone sind gefordert.

Was erwarten Sie umgekehrt als Politikerin von den Alters- und Pflegeinstitutionen?

Heim: In der Langzeitpflege ist der Handlungsbedarf enorm. Die erschreckenden Vorkommnisse im Zürcher Heim Entlisberg (wo Pflegenden demenzkranke Menschen in demütigenden Positionen mit dem Handy filmten, Anm. d. Red.) sind ein sehr ernst zu nehmendes Warnsignal für die andauernde Überforderung der Pflegenden. Die Alterspflege ist komplex und anforderungsreich. Dennoch arbeiten in diesem schwierigen Bereich zunehmend Ungelernte, in einzelnen Heimen bis zu 60 Prozent des Pflegepersonals. Äusserst knapper Personalbestand, Mangel an Qualifikation – da muss es zu Überforderungssituationen kommen. Solche Vorkommnisse entlarven wiederum die mangelnde Wertschätzung der Pflege und zeugen wohl auch von der gesellschaftlichen Missachtung des Alters. Hier sind wir alle gefordert – auch die landesweit 1600 Alters- und Pflegeheime mit ihren rund 110 000 Mitarbeitenden: Gefragt sind Aus- und Weiterbildung, Coaching, verbindliche Personalschlüssel.

Ganz konkret: Wie wollen Sie die Anliegen der Charta ins Bundeshaus tragen?

Heim: Die Charta ist mir ein zentrales Anliegen. Das Alter als Chance zur Weiterentwicklung zu erkennen und eine neue Alterskultur zu entwickeln – das ist eine der Leitlinien meines Engagements in der Politik und im Altersbereich. Ich begnüge mich da nicht mit schönen Worten. Konkrete Forderungen sind: Gesundheit und Autonomie im Alter muss gefördert werden. Das Recht auf medizinisch angezeigte Rehabilitation nach Ereignissen in jedem Alter und unabhängig vom Versicherungsstatus muss garantiert sein. Das geriatrische Wissen in Forschung, ärztlicher und pflegerischer Ausbildung ist zu stärken. Die ambulante und die stationäre Pflege gilt es in Qualität und Angebot bedarfsgerecht auszugestalten. ●

Zur Person

Bea Heim ist SP-Nationalrätin aus dem Kanton Solothurn und Mitglied der Finanzkommission sowie der Staatspolitischen Kommission. Sie leitet die überparteiliche Parlamentsgruppe für Altersfragen. Heim amtiert auch als Stiftungsratspräsidentin von Pro Senectute Kanton Solothurn und als Vizepräsidentin des solothurnischen Spitexverbands.
